

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengefaltene Beilage oder deren Raum 150 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Donnerstag, den 13. Januar 1921.

28. Jahrgang.

Zwischen Klippen und Strudeln.

Bremen soll Schule machen. Bremen war ein günstiges Anzeichen für den Wahlkampf der Rechten. Zusammengehen des Bürgeriums und — Sieg des Bürgeriums! Das sind die Hoffnungen und Gedanken, die augenblicklich durch die Presse Helfferichs und Stinnes' gehen. Die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“ schreibt bereits: „... man kann annehmen und darf hoffen, daß der Wahlkampf (in Preußen) zwischen den beiden Parteien (gemeint sind Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei) im friedlichen Nebenher gegen den gemeinsamen Feind auf der Linken vor sich gehen wird, den es im jetzigen Wahlkampf überwinden will, wenn wir nicht das Ergebnis des 6. Juni hinfällig machen und damit jede Aufbaupolitik vernichten wollen.“ Die Reaktion würde es begrüßen, wenn es zu einer Front des gesamten Bürgeriums gegen die Sozialdemokratie käme.

Nach Bayern soll jetzt Preußen an die Reihe kommen, nach dem Süden der Norden. Noch ist allerdings das Zentrum nicht gleichbedeutend mit der Bayerischen Volkspartei und noch bekennst sich die „Frankfurter Zeitung“ zu einer ernsteren Auffassung der Demokratie als die demokratischen Blätter Bayerns. Noch ist bei den Demokraten des Nordens das Bekenntnis zur Republik etwas Prinzipielles und keine Frage des „Ermessens“, wie bei der bayerischen Demokratie. Auch das Zentrum ist nicht so ohne weiteres für die Parole „Bürgerium gegen Sozialdemokratie“ zu haben. Noch sagt die „Germania“: „Von der Parole: hier Bürgerium, hier Sozialdemokraten ist nicht das Heil zu erwarten. Im Gegenteil wird sie zu einer unheilvollen Verschärfung der Gegensätze führen.“ Immerhin aber malt auch die „Germania“ den Teufel an die Wand und droht der Sozialdemokratie, wenn sie das Liebäugeln nach links nicht aufgeben sollte, mit dem Zusammenschluß des Bürgeriums.

Beim Zentrum und bei den Demokraten werden die Republikaner allmählich immer seltener, und damit wächst die Neigung zum Bürgerblod. Die wenigen ehrlichen Republikaner auf der bürgerlichen Seite suchen jetzt zusammen mit der Sozialdemokratie eine neue Vereinigung zur Verteidigung der Republik, den republikanischen Kulturbund, ins Leben zu rufen. Republikanischer Kulturbund! Das ist kein schlechter Scherz, sondern für Deutschland eine bittere Notwendigkeit. Nur zu viele der bürgerlichen Republikaner stehen bloß auf dem Boden der Republik. Und auch diese Leute haben wieder ihre Bedenken. Die einen wollen zwar die Republik aber nicht ihre Farben. Sie wollen zur Republik die Farben des kaiserlichen Deutschland. Die anderen wieder sagen: Republik, ja, gewiß, aber wo sind die Leistungen der Republik? Sie wollen große Taten, ruhmvolle Vergangenheit und dergl. Sie wollen einen republikanischen Feiertag, aber sie fürchten, die Festredner könnten in Verlegenheit kommen und könnten es schwieriger haben als die Festredner am 18. Januar. Republikanertum mit vielen Bedenken und vielen Einschränkungen! Ganz so wie 1848. Man braucht sich darüber nicht allzusehr zu wundern. Der intime Verkehr des Zentrums und der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei trägt seine Früchte. Schon auf dem demokratischen Parteitage in Nürnberg sprach ja Herr Reichsminister Koch von der „Hochzeit“ in wichtigem Ton. Die Sache ist aber gar nicht wichtig, sondern recht ernst und gefährlich. Republikaner könnte man ja schließlich noch sein. Das wäre einmal etwas anderes, vielleicht sogar etwas Besseres. Aber — der Geldbeutel! Die Republik bringt verschiedene unangenehme Dinge mit sich: Steuern, Sozialversicherung, Militärbudget und so fort. Und das ist unvermeidlich bei den Demokraten und beim Zentrum Revollen zu erwarten.

Also doch die „eine reaktionäre Masse“. So rufen die „Unabhängigen“ und Kommunisten. Dafür seid ihr Sozialverräter und Pfaffennechte geworden. Und schon beginnen die Rechtgläubigen, uns ein langes „Sündenregister“ vorzuhalten. Sie wollen damit beweisen, daß wir durch unsere Zusammenarbeit mit sämtlichen Demokraten und der Preussischen Regierung nur die Geschäfte der Reaktion besorgt hätten. Wir aber müssen dann die Frage stellen: „Wenn in Preußen trotz unserer Mitarbeit alles nur nach dem Willen der Reaktion gemacht wurde, warum dann von seiten derselben Reaktion solch großer Geldauswand, solch große Anstrengungen, um Preußen zu erobern? Die Sache stimmt also nicht. Die Reaktion hat Preußen noch nicht in der Hand. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in Preußen kann auch nicht so ganz ohne jede Wirkung gewesen sein, denn sonst hätte die „Tägliche Rundschau“, nicht schreiben: „Die bisherige Preussische Regierung hat bis zum heutigen Tage nichts anderes als sozialdemokratische Parteipolitik getrieben, und wo sich da oder dort der Versuch geltend machte, von sozialdemokratischen Gedankengängen und sozialdemokratischer Politik innerhalb der preussischen Regierung fortzukommen, wurde dieser Versuch mit einem Kompromiß bezahlt, das der Sozialdemokratie in der Regel große Vorteile bot.“

Umsonst war also die Arbeit der Sozialdemokratie in Preußen keineswegs. Und wenn wir bei unserer Arbeit nach der Meinung der „Unabhängigen“ nicht so ganz ohne

Gleuten geblieben sein sollten, dann müssen wir den Herren zurufen: Ihr Phariseer! Bei euch gilt das Wort: „Die Tugend der meisten Menschen besteht darin, daß sie keine Gelegenheit zur Sünde haben. Eure Reinheit, eure Tugend ist keinen Pfifferling wert. Es ist bequem, die Stidluft der Demokratenstuden zu meiden und dann den Kritiker zu spielen.“

Wenn wir gar nichts sonst erreicht hätten, gar nichts sonst bewahrt hätten als die Republik, so wäre auch das schon viel; denn es ist die Voraussetzung für alle sozialistische Arbeit. Trotz allem, was in der Republik vorgekommen ist und was wir nicht billigen, ist diese Republik denn doch noch etwas wert für den deutschen Arbeiter. Sonst hätte er beim Rapp-Busch nicht für sie seine Haut zu Markte getragen. Wenn die Kommunisten nun meinen, die Ebert-Republik sei nichts anderes als ein „stinkender Misthaufen“, dann müssen wir ihnen doch mit aller Deutlichkeit sagen: „Ihr habt rechtlich dazu beigetragen, daß aus dem Trümmerhaufen, den die Konservativen 1918 dem deutschen Volke hinterließen, an mancher Stelle wirklich ein Misthaufen wurde. Sind wir auch kein Herkules, daß wir gleich einen ganzen Fluß abdämmen können, um den Augiasstall zu reinigen, dann sind wir doch willens, die Mistgabel zu nehmen, um den Unrat wegzuschaffen und die Republik sauber zu machen. Wird uns diese Arbeit auch sauer — wir sagen uns: immer noch besser eine Ebert-Republik als der Blutjumpf einer Käse-Republik.“

Sturz der französischen Regierung.

III. Paris, 12. Januar. Die französische Regierung ist heute nachmittag gestürzt worden. In der Kammer waren mehrere Interpellationen über die auswärtige und die allgemeine Politik der Regierung eingebracht worden, deren sofortige Besprechung verlangt wurde. Die Regierung widersehte sich dem und verlangte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der interalliierten Konferenz in Paris die Vertagung dieser Interpellationen. Der Ministerpräsident Legerue stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte daran die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Das Kabinett ist damit gestürzt. Um 4.40 Uhr hat sich der Ministerpräsident Herr Legerue, begleitet von sämtlichen Ministern, ins Elysee begeben und dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts mitgeteilt.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird Peret das neue Ministerium bilden.

Am Sonntag hatte das Ministerium Legerue bei den Erschwerden zum Senat einen unbedeutenden Erfolg erzielt. Eritere französische Blätter deuteten das Ergebnis dahin, daß die Stellung des Ministeriums gefestigt sei. Drei Tage nach der Wahl ist das Ministerium gestürzt worden. Das beweist, daß die Kammer, die aus den Novemberwahlen von 1919 hervorgegangen ist, eine Politik betreibt, die mit der öffentlichen Meinung, aber auch nicht mit der Politik des Senats in Einklang steht.

III. Paris, 13. Januar. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß außer Raoul Peret auch Jonnart und Viviani als künftige Ministerpräsidenten in Betracht kommen.

Die Berliner Presse ist sich im allgemeinen darüber einig, daß der Sturz des Kabinetts Legerue nicht in einem für Deutschland günstigen Sinne zu bewerten ist. Die großen politischen Blätter betonen übereinstimmend, daß Legerue deshalb hat gehen müssen, weil der Kammer keine Tonart insbesondere Deutschland gegenüber nicht klar genug war. Damit wird auch die auffallende Tatsache erklärt, daß das Ministerium gerade vor Beginn der großen Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten gestürzt worden ist, da es sich ja gerade darum handelte, in diese Konferenz einen französischen Ministerpräsidenten zu entsenden, der klar genug war, in der Entwaffnungsfrage gegenüber England nicht zurückzuweichen. Das „B. T.“ sagt hierzu: „Mit einer in Frankreich seltenen parlamentarisch nur in dieser Kammer möglichen Ungeschicklichkeit hat man ihn nicht auf der berühmten Orangenschale angreifen lassen.“ In der „Deutschen Zeitung“ heißt es, man hat dem französischen Volk solange etwas vorgebetet von der hochstäblichen Durchführung aller Versailles Bestimmungen, man hat irrsinnige Summen, die Deutschland zahlen soll, in die französische Rechnung eingestellt, sich so lange in den Gedanken der Unmacht Frankreichs in Europa gewiegt, daß ein Rückschlag kommen mußte. Eine etwas abweichende Charakteristik Legerues gibt die „I. N.“, indem sie schreibt: Das französische Ministerium war im Grunde genommen Geist vom Geiste der französischen Militaristen vom Schlage des Herrn Foch, nur daß das Ministerium die besorgende Politik innerhalb eines anderen Rahmens zu betreiben versuchte, als es die Militaristen für zweckmäßig erachteten.

III. London, 13. Januar. Die englische Gesellschaft hat die Nachricht von der Demission des Kabinetts Legerue sofort nach Downingstreet telephoniert, wonach Lloyd George nach Paris die Instruktion gab, daß die bereits im Hotel Clarendon befristeten Zimmer abbehebt werden sollten. Man glaubt nicht, daß die Konferenz des Obersten Rates vor Februar stattfinden wird, da das neue Kabinett vor Sonnabend nicht gebildet sein dürfte.

Frankreich ist das Karnickel.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Frankreich ist es nach lebhaften diplomatischen Verhandlungen mit seinen Verbündeten gelungen, diese zur Aufgabe der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel zu bewegen. Frankreich, so fügt der „Corriere“ hinzu, verfolgt hartnäckig seine Politik, die endgültige Festsetzung der deutschen Entschädigung zu verschieben, um so beim französischen Publikum die Illusion aufrecht zu erhalten, daß Deutschland in der Lage sei, das Kriegspassivum ganz oder nahezu ganz zu zahlen. Inzwischen dauere aber der dadurch auf die gesamte europäische Wirtschaft verursachte Alpdruck weiter an.

Frankreich und die Randstaaten.

Die „Kölnische Ztg.“ berichtet aus Warschau, daß in der französischen Politik gegen die früheren russischen Randstaaten ein Umschwung eingetreten sei. Frankreich werde diese Staaten in aller Form des Rechtes anerkennen und ihnen im Falle eines bolschewistischen Angriffes Hilfe leisten. Die „Kölnische Zeitung“ begrüßt diese Schwankung der französischen Randstaatenpolitik als ein „Ereignis von größter Bedeutung für die Politik Osteuropas“.

„Auge um Auge“.

Der französische General Maubhui, der in der „Frankf. Ztg.“ wegen chauvinistischer Äußerungen angegriffen war, richtet an das Blatt eine Erwiderung, in der er erklärt:

„Sie hatten mir vor, daß ich Auge um Auge und Zahn um Zahn fordere. Um die Gründe meiner Gefühle Ihrer Klasse gegenüber feststellen zu können, müßten Sie folgendes wissen: Ich bin in Metz geboren, wo meine Familie seit Jahrhunderten ansässig war. 1872 haben Sie mich des Landes verwiesen. Seit 1887 war es mir untersagt, in meine Vaterstadt zurückzukehren, auch nicht für einen Tag, und ich bereue es nicht, daß ich nur den einen Gedanken, den einen Willen gehabt: Sie aus unserem Lande zu vertreiben. Es ist vollbracht, und die Freude, nach Metz heimkehren zu dürfen, hat uns alle Leiden, Schmerzen, Mühseligkeiten und Trauer vergolten. Die Lothringer können es aber nicht vergessen, daß Ihr die Unterdrücker seid, und daß Ihr hofft, es wieder zu werden. Wenn wir all das vergessen würden, so wären wir Einfältige und Feiglinge. Sie sollen aber wissen, daß wir weder das eine noch das andere sind. Wir sind in unsere Heimat zurückgekehrt und wollen auch daheim bleiben.“

Die Äußerungen des Generals zeigen den typischen Seelenzustand des Soldaten, für den Kriege die normalen Beziehungen zwischen den Völkern darstellen, während ihnen der Friede als störende Unterbrechung erscheint. Glücklicherweise liegen die Gesichte der Völker heute nicht mehr in den Händen von Militärs. Und man darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die französische Regierung dem General wegen der Äußerung seines Raufgefühls die Meinung sagen wird. Schon weiß durch dieser Äußerungen die Stimmung für die wirtschaftliche Annäherung, die im Interesse Frankreichs nicht minder als in unserem eigenen liegt, vergiftet wird.

Der unersättliche Militarismus.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ will aus amtlichen alliierten Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Aufrechterhaltung der verschiebenen alliierten Besatzungstruppen im Rheinland seit dem Waffenstillstand betragen:

Für das amerikanische Heer 263 474 170 Dollar.
Für das britische Heer 51 900 890 Pfund Sterling.
Für das französische Heer 2 002 998 060 Franken.
Für das italienische Heer 15 207 717 Lire und
für das belgische Heer 314 940 698 belgische Franken.

Außer den in Natura erfolgenden Lieferungen an die Besatzungsheere im Betrage von vielen Milliarden Mark habe Deutschland in der bisherige folgende Summen gezahlt: Für das amerikanische Heer 698 Millionen Mark, für das britische Heer 266 Millionen Mark, für das französische Heer 1 427 841 000 Mark, für das belgische Heer 49 185 000 Mark. Uebrigens betragen nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Beamten die Aufkosten für das amerikanische Heer jetzt 80 000 Dollar täglich oder 6 Millionen Mark.

Die Bolschewisten vor den Toren Persiens.

Die „Daily Mail“ berichtet aus Persien, daß Russland eine große Truppenmacht bei Baku sammelt. Die Russen drohen, im Frühjahr mit 30 000 Mann gegen Persien vorzugehen. Die englische Gesandtschaft in Teheran hat alle Engländer aufgefordert, bis zum Frühjahr das Land zu verlassen. Ebenso wird das Personal der Gesandtschaften und Konsulate aus Persien entfernt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ludendorff, der Massenmörder.

Erich Ludendorff ist arbeitslos. Obwohl er sich durch seine Glanzleistung im Kriege eigentlich das Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung erworben hat, läßt die Republik diesen „verdienten“ Mann noch immer ohne Verwendung in einer stillen Ecke des Bapenlandes verbleiben. Was bleibt dem armen Manne also übrig, als sich selbst wieder empfehlend in Erinnerung zu bringen? Dieser deutsche „Nationalheld“ findet es nicht unwürdig, sich der Entente als Landeshauptführer anzubieten. Er hat es auf Sewerdrupland abgesehen, dessen Befreiung durch Deutsche ihn so wichtig erscheint, daß er, ohne mit der Wimper zu zucken, gern bereit ist, nochmals ein paar hunderttausend Deutsche zur Schlachtbank zu führen. Er selbst würde natürlich wieder eine neue D. S. L. aufmachen, büßte weit hinter der Front und weit vom Schicksal. Erkennt das Volk noch immer nicht, was es an diesem Manne hat?

Die Verhandlungen über die Eisenbahnerforderungen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband wird mitgeteilt: Nachdem die Forderungen der Groß-Organisation der Eisenbahner zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen haben, und auf Grund der einstimmigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig hielten, trat am 11. Oktober 1921 eine Anzahl von Eisenbahnergruppen zusammen. Aus dem eintägigen Bericht ergab sich eine neue Verhandlungsbasis, die dann in einer am gleichen Tage stattgefundenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings eingehend besprochen wurde. Dabei wurde auch ganz besonders die finanzielle Ausstattung der zu führenden Verhandlungen behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsbünde bereit, sofort mit der entsprechenden Regierungsbefehl in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird.

Die Stellungnahme im Hausverhältnis.

In Hausverhältnis des Reichstages hat die Kommission für die Untersuchung der Lage der Arbeiter in den Haushalten der Reichstagsmitglieder am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage der Arbeiter in den Haushalten der Reichstagsmitglieder berichtet. Die Kommission hat festgestellt, daß die Lage der Arbeiter in den Haushalten der Reichstagsmitglieder im allgemeinen eine gute ist. Die Kommission hat auch festgestellt, daß die Arbeiter in den Haushalten der Reichstagsmitglieder im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Die Kommission hat auch festgestellt, daß die Arbeiter in den Haushalten der Reichstagsmitglieder im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Die Gewerkschaften in Ostpreußen.

Die Gewerkschaften in Ostpreußen haben am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage der Gewerkschaften in Ostpreußen berichtet. Die Gewerkschaften in Ostpreußen haben festgestellt, daß die Lage der Gewerkschaften in Ostpreußen im allgemeinen eine gute ist. Die Gewerkschaften in Ostpreußen haben auch festgestellt, daß die Arbeiter in Ostpreußen im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Die Gewerkschaften in Ostpreußen haben auch festgestellt, daß die Arbeiter in Ostpreußen im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Der Kampf gegen die Monarchisten.

Der Kampf gegen die Monarchisten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage des Kampfes gegen die Monarchisten berichtet. Der Kampf gegen die Monarchisten hat festgestellt, daß die Lage des Kampfes gegen die Monarchisten im allgemeinen eine gute ist. Der Kampf gegen die Monarchisten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter im Kampf gegen die Monarchisten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Der Kampf gegen die Monarchisten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter im Kampf gegen die Monarchisten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

„Der Kampf gegen die Monarchisten“.

Der Kampf gegen die Monarchisten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage des Kampfes gegen die Monarchisten berichtet. Der Kampf gegen die Monarchisten hat festgestellt, daß die Lage des Kampfes gegen die Monarchisten im allgemeinen eine gute ist. Der Kampf gegen die Monarchisten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter im Kampf gegen die Monarchisten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Der Kampf gegen die Monarchisten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter im Kampf gegen die Monarchisten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Rein Jenseit zu Bekämpfen.

Rein Jenseit zu Bekämpfen hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Rein Jenseit zu Bekämpfen berichtet. Rein Jenseit zu Bekämpfen hat festgestellt, daß die Lage von Rein Jenseit zu Bekämpfen im allgemeinen eine gute ist. Rein Jenseit zu Bekämpfen hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Rein Jenseit zu Bekämpfen im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Rein Jenseit zu Bekämpfen hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Rein Jenseit zu Bekämpfen im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung.

Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage der Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung berichtet. Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung hat festgestellt, daß die Lage der Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung im allgemeinen eine gute ist. Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung hat auch festgestellt, daß die Arbeiter der Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung hat auch festgestellt, daß die Arbeiter der Verfüllung des Reichstags-Bundesversammlung im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Die Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen.

Die Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage der Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen berichtet. Die Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen hat festgestellt, daß die Lage der Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen im allgemeinen eine gute ist. Die Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen hat auch festgestellt, daß die Arbeiter der Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Die Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen hat auch festgestellt, daß die Arbeiter der Sitzung des Arbeiterparlamentes in Göttingen im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Wahlrecht und Gewerkschaften.

Wahlrecht und Gewerkschaften hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Wahlrecht und Gewerkschaften berichtet. Wahlrecht und Gewerkschaften hat festgestellt, daß die Lage von Wahlrecht und Gewerkschaften im allgemeinen eine gute ist. Wahlrecht und Gewerkschaften hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Wahlrecht und Gewerkschaften im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Wahlrecht und Gewerkschaften hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Wahlrecht und Gewerkschaften im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Fabrikspionage.

Ein aufsehenerregender Fall von Fabrikspionage in der westdeutschen Großindustrie wurde vor der Strafkammer in Essen verhandelt. Der Ingenieur Schneider von der Dortmunder Union, der früher bei der Firma Krupp angestellt war, verschaffte sich eines Tages durch den bei der Firma Krupp angestellten Ingenieur Stähler eine Geheimvorschrift über die Herstellung von Geschütz, die nur in wenigen Exemplaren vorhanden war. Das so erlangte Fabrikgeheimnis der Firma Krupp verwertete er bei der Dortmunder Union. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 4500 Mark Geldstrafe. Das Verfahren gegen den Ingenieur Stähler war eingestellt worden, da dieser Fall unter eine militärische Amnestie fiel.

Der beleidigte Reaktionsär.

Vor einer Strafkammer in Berlin stand am Dienstag der Schriftsteller Liebeling wegen Beleidigung eines führenden Mannes der Deutschen Volkspartei, des Abgeordneten Professor Dr. Kahl. In einer Wählerversammlung hatte Kahl den Arbeiter- und Soldatenräten Korruption vorgeworfen. Liebeling antwortete auf und fragte Kahl, ob nicht im Herbst des Jahres 1918 die Forderung für Kahlstrafe und Tötung der Dr. Kahl angebracht, Orden- und Titelträger bestrafen werden. Die Folge war eine Anklage, die vom Staatsanwalt erhoben wurde. Die Verhandlung, in der die vom Angeklagten benannten Zeugen zum größten Teil abgelehnt wurden, endete mit der Verurteilung Liebelings. Das Gericht ging über den mit 150 Mk. laufenden Strafvertrag des Angeklagten hinaus und erkannte auf drei Monate Gefängnis. Die Verhandlung wurde mit Urteilen über die Tätigkeit sozialdemokratischer Beamten und Arbeiter beendet.

Keine russische Kaschitten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keine russische Kaschitten hat am 11. Oktober 1921 eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde über die Lage von Keine russische Kaschitten berichtet. Keine russische Kaschitten hat festgestellt, daß die Lage von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute ist. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Ausbildung erhalten. Keine russische Kaschitten hat auch festgestellt, daß die Arbeiter von Keine russische Kaschitten im allgemeinen eine gute Vergütung erhalten.

Keinem Zusammenstoß zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Alexander Blanc und dem royalistischen Abgeordneten Leon Daubet. Nach einem heftigen Wortwechsel ohrfeigte Blanc Daubet, der seinerseits wieder tätlich wurde.

Die Scheidung der Geister.

Der alten sozialistischen Fraktion sind 52 Deputierte treu geblieben. 6 Deputierte haben sich ihre Erklärung vorbehalten, bis sie mit ihren Wählern Fühlung genommen haben. Der neuen kommunistischen Gruppe sind 12 Abgeordnete beigetreten.

Griechenland.

Eine griechische Niederlage in Kleinasien.

Wie aus Athen gemeldet wird, haben die türkischen Nationalisten die griechischen Linien an drei Punkten durchbrochen und ziehen ihre Truppen in Kleinasien gegen den linken griechischen Flügel zusammen. Sie sollen beabsichtigen, die Griechen auf den Abschnitt Smyrna zurückzuwerfen.

Schweden.

Der Staatshaushalt.

Der Haushaltsentwurf für 1922 und der Ergänzungsbeitrag für 1921 wurden dem Reichstag vom Finanzminister vorgelegt. Der erste bilancierte auf 901.956.300 Kronen gegen 828.818.300 für 1921. Der letztere auf 442.812.242 gegen 282.297.400 Kronen für 1920. Die in dem Entwurf vorgesehene Reduktion der Auslandssperre erfordert fast die Verdoppelung des Etats des Ministeriums des Äußeren. Die Ausgaben für die Landesverteidigung werden auf 145,7 Millionen Kronen gegen 114 für 1921 veranschlagt. Für Teuerungszuschüsse werden 175 Millionen Kronen gegen 184 im Vorjahre gefordert. Unter den Einnahmen sind vor allem 608,5 Millionen Kronen an Steuern und 86 Millionen an Staatsbetrieben hervorzuheben. Ferner werden unter den Einnahmen 97,3 Millionen Kronen aus Anleiheemitteln aufgeführt.

England.

Todesurteil gegen einen Sinnfeiner.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ wurde der Sinnfeiner Murphree zum Tode verurteilt, weil er am 18. Oktober an dem Angriff teilnahm, in dessen Verlauf ein Soldat getötet und mehrere verwundet wurden.

Australien.

Die Weltkrise.

In Australien macht sich eine Periode der Arbeitslosigkeit, der Streiks und der hohen Preise geltend. Zahlreiche Fabriken wurden geschlossen und eine Reihe von Streiks hat das Schiffsahrts-Transportwesen lahmgelegt. Die allgemeine Lage wird als ernst bezeichnet.

Vereinigte Staaten.

Hardings neue Vorkämpfer.

Wie die „Chicago Tribune“ aus Marion meldet, hat Präsident Harding folgende Vorkämpfer in Aussicht genommen: Daniel Jayne Hill für London, Nicolas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, für Frankreich, der Präsident der „National City Bank“, Frank Vanderlip, für Japan. Ferner soll Raymond Robins nach Rußland geschickt werden, sobald die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung wieder aufgenommen sind.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 13. Januar.

Achtung, sozialdemokratische Frauen! Der auf heute, Donnerstag abend, angelegte gemütliche Abend kann erst am Sonnabend, dem 15. Januar, im Gewerkschaftshaus stattfinden. Wir bitten die Genossinnen, am Sonnabend recht zahlreich zu erscheinen.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion! Freitag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Rathaus. Tagesordnung: „Stellungnahme zur Senatswahl“. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist dringend notwendig.

Wohlfahrtsarbeit und die Frauen.

Über dieses Thema sprach am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus in einer öffentlichen Frauenversammlung Genossin Schwaner-Lottie Müller-Kentfleisch. Die Rednerin gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die Wohlfahrtspflege, die eine Fürsorgepflege im wahren Sinne des Wortes ist. Zu vielen dieser Arbeiten eignen sich ganz besonders die Frauen, da sie gerne mit dem Herzen und nicht nur mit dem Kopfe tätig sind. Das muß so sein, denn ohne Herz ist eine gute Fürsorgearbeit unmöglich. Früher betätigte sich hauptsächlich die Kirche auf diesem Gebiete und später übernahmen diese Arbeiten vornehmlich die bürgerlichen Frauen. In aller Stille, ohne viel Aufhebens, haben einige Arbeiterfrauen aber auch stets mitgearbeitet. Daß die Arbeiterfrauen nicht so, wie sie es gerne möchten, mitarbeiten konnten, lag daran, daß sie von morgens früh bis spät in die Nacht für sich selber schaffen mußten. Sie kamen aus den Sorgen fast nicht heraus und vielen fehlte auch die nötige Schulung und Bildung. Bei kleinen Kindern gehört die Frau ins Haus, denn die Wohlfahrtspflege darf nicht unter eigener Vernahtsorgung draußengangs anfangen. Mit der verkürzten Arbeitszeit müßten aber auch die Arbeiterfrauen an dieser Sache mehr als bisher mitarbeiten. Sie könnten sich in Fragen der Mitarbeit in mancher Hinsicht den Mann zum Vorbild nehmen. Die Rednerin erörterte dann die Frage: Was ist Wohlfahrtspflege? Sie muß vor allem im Bereich der Wohlfahrt und man darf dabei nicht auf Lob leben, wie es manche bürgerliche Frauen tun. Die Wohlfahrtspflege verfaßt vornehmlich in drei Hauptteilen: in die Wirtschafts-, Erziehungs- und Gesundheitsfürsorge. Genossin Müller zeigte in klarer Weise, was auf diesen Gebieten noch zu tun ist und noch getan werden muß. Sie zeigte an Beispielen aus ihrer praktischen Tätigkeit, was geleistet werden kann und geleistet werden muß. In ergreifenden Worten schilderte sie die elenden Zustände, die sie besonders in Berlin bei ihrer Tätigkeit vorfand. Das Gebiet der Mutter-, Schwangerschafts- und Säuglingsfürsorge muß hauptsächlich von der Frau bearbeitet werden, weil die Frau sich dazu am besten eignet. Vor allem darf die uneheliche Mutter und das uneheliche Kind nicht zurückgelassen und minderwertig behandelt werden. Bei unbedingter Notwendigkeit sei die Errichtung einer Schwangerschaftsstation in allen Städten. Es sei Pflicht der Frauen, diese zu fordern. Die vielen Unterlebenslöhner der Frauen bemühen größtenteils auf Selbstbarmherzigkeit. Ganz besonders müßten die Frauen sich auch um die soziale Befreiung kümmern und sich in diese Befreiung betätigen, damit sie ihre Rechte und Pflichten kennen lernen. Die Referentin schilderte dann die Geschichte der Wohlfahrtsarbeiten, die sie für zweckmäßig hielt und erklärte, daß nach englischen Erfahrungen sogar in Mecklenburg 20 Prozent der Kinder sterben. Jedes Kind müßte ein Recht auf soziale Befreiung haben. Auch der Familienfürsorge müsse die Frau sich betätigen, wie der Bildungsfürsorge. Es sei nicht nötig, daß die Frau sich im Parlament so sehr betätigt, wie

tätige, aber an den einseitigen Gesetzen müsse sie unbedingt mitarbeiten. In der Erziehung des Kindes könne die Frau Großes für die Partei leisten. Die Frauen hätten eine große Macht. Es sei ihre Pflicht, von ihrem Recht und von ihrer Macht den richtigen Gebrauch zu machen. Der Vortrag wurde unter großer Aufmerksamkeit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Aussprache war sehr lebhaft. Es meldete sich eine ganze Anzahl Genossinnen und Genossen zum Wort, die größtenteils im Sinne des Referats sprachen. Auch einige Kommunisten, besonders Windisch, glaubten ihr Sprüchlein von der Diktatur des Proletariats anbringen zu müssen. Genosse Weiß sagte ihnen u. a., daß sie es gerade sind, die die Macht des Proletariats durch ihren Bruderkampf zerstören. In ihrem Schlußwort zeigte die Referentin besonders, wie notwendig die Einigkeit der Arbeiterschaft ist und appellierte an die Frauen, für die Einigkeit zu wirken.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Dezember.

hat sich gegenüber der des Vormonats etwas gebessert. Die Gesamtzahl der männlichen Arbeitssuchenden im Dezember betrug 2984, während sie sich im Monat November auf 3264 belief. Es wurden im Dezember 1090 offene Stellen gemeldet, von denen 909 besetzt wurden. Von den landwirtschaftlichen Arbeitern meldeten sich während des ganzen Monats 214 Personen. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften war aber naturgemäß in diesem Monat ziemlich gering, so daß auch nur 23 offene Stellen gemeldet und besetzt wurden. Im Metallgewerbe hielt die im Vormonat eingetretene Besserung an, welche namentlich auf die Anforderung der Schiffbauindustrie zurückzuführen ist. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug 361, die der offenen Stellen gemeldet und besetzt wurden. Im Metallgewerbe Halbgewerbe hielt die bereits im November eingetretene Besserung den Dezember über an. Im Nachstrummungsgewerbe blieb dagegen die Lage weiterhin schlecht. Infolge des Nachlassens des Frostes hob sich die Bauaktivität im November wieder, so daß auch viele Arbeitssuchende aus dem Baugewerbe Stellen fanden. Von den Handlungsgehilfen wurden 34 vermittelt. Die Lage dieser Stellungssuchenden ist weiterhin unangenehm. Dabei konnten aber noch viele offene Stellen nicht besetzt werden, weil die Leute weder stenographieren noch Schreibmaschine schreiben konnten. Es muß deshalb nochmals dringend darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Stellungssuchenden Sprachkurse besuchen, sich diese fehlenden Kenntnisse aneignen. In ungelerten und jugendlichen Arbeitern meldeten sich 1696 Personen. Diesen standen 499 offene Stellen gegenüber, von denen 477 durch den hiesigen Arbeitsmarkt besetzt wurden. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war die Lage ungefähr dieselbe wie im Vormonat. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden verringerte sich zwar um ein geringes, aber dafür blieb auch die Zahl der offenen Stellen gegen die des Vormonats zurück.

Das neue **Lübecker Adreßbuch** im Verlag von Max Schmidt, Wentzstraße 16, ist erschienen und macht wie die früheren Jahrgänge einen anerkennenden Eindruck. Wie im Vorwort des Buches erwähnt, war der Verlag bestrebt, im Interesse weitester Verbreitung den Preis so niedrig wie möglich zu halten. Da der gesamte Schriftsatz des Werkes alljährlich nach der Fertigstellung des Druckes nicht wieder auseinandergenommen wird, sondern bis zur nächsten Ausgabe stehen bleibt, so läßt sich, wenn auch stets etwa ein Viertel familiärer Angaben sich ändert, immerhin eine bei den heutigen Material- und Lohnhöhen ganz enorme Sparsamkeit erzielen. Es konnte daher bei Vorarbeiten die Vorarbeiten ermöglicht werden soll, der Preis auf 48 Mk. herabgesetzt werden.

Richtigstellungen. In dem neulichen Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins muß es heißen, daß im Vorwärtigen Amt 1200 und nicht 12 000 Personen beschäftigt sind.

Im **Centraltheater** rollt bis Montag ein Film über die Weinwand, der sich „Die Schieber“ heißt. Da sämtliche Mitwirkende hervorragende Kräfte und die Szenen dem Schieberleben in der natürlichsten Weise abgelauscht sind, ist ein Besuch während der Vorführung dieses Filmpieles sehr zu empfehlen, zumal die Spannung in der Handlung während den sechs langen Akten dauernd anhält.

Theatervorstellung für Kriegerwaisen. Die zurzeit im hiesigen Stadttheater gastierende Altputaner-Künstlergesellschaft hat sich im Einvernehmen mit der Theaterdirektion bereit erklärt, für schulpflichtige Kriegerwaisen für die Vorstellung von „Sneewittchen“ Freiskarten zur Verfügung zu stellen. Die Kartenausgabe erfolgt, soweit der Vorrat reicht, im Geschäftszimmer der Kriegerwaisenunterstützung im Wohlfahrtsamt, Untertrade 104, Zimmer 49. Meldungen baldmöglichst.

Stadttheater. Freitag findet das erste Gastspiel der Altputaner-Gesellschaft mit „Sneewittchen“ statt, abends wird „Lindne“, am Sonntag nachmittags „Sneewittchen“ und abends „Wida“ wiederholt. Sonntag morgen gibt es „Sneewittchen“, nachmittags eine Wiederholung der Vorstellung der „Waldmännchen“, abends findet ein Gastspiel von Frau Martha Weber-Neudeck, Rothsch, statt, die sich aus ihrer früheren hiesigen Tätigkeit noch viele Anhänger bewahrt hat.

pb. Autoreifen Diebstahl. Von einem vor einer Wirtschaft in der Dankwartstraße haltenden Auto wurde eine neue Reifenbereifung, Marke Continental, samt der dazu gehörigen Felge gestohlen.

pb. Wäsche Diebstahl. Einer an der Mauer wohnhaften Ehefrau ist aus ihrer Wohnung eine große Zahl Wäschestücke gestohlen worden. Die Wäsche ist zum größten Teil mit den Buchstaben E. H. gezeichnet.

pb. Wem gehört die Schreibmaschine? Am 29. Dezember v. J. ist bei der Gepäckaufbewahrung des hiesigen Bahnhofs eine Schreibmaschine, Marke Remington Choles, Mod. 9, Fabrik-Nr. 27175, zur Aufbewahrung abgegeben worden. Da diese bis heute nicht abgeholt worden ist, muß damit gerechnet werden, daß es sich um Diebstahlsgut handelt. Die Schreibmaschine wurde beschlagnahmt und im Bureau der Kriminalpolizei sichergestellt.

pb. Eine Taschendiebin. Die hier und an anderen Orten ihr buntes Handwerk betriebene, wurde, wie bereits berichtet, vor einiger Zeit hier festgenommen. Sie hatte hier eine Zeit lang in der Hanfsäcke unter dem Namen Milla Weering gewohnt und angegeben, bei dem hiesigen Telegraphenamt als Telephonistin beschäftigt zu sein. In ihrer Wohnung wurde eine große Menge Gelder gefunden, die offenbar von dem gestohlenen Gelde beschafft wurden.

pb. Festgenommen wurde ein Schiffsführer aus Breidahl, der in dem dringenden Verdacht steht, gemeinschaftlich mit einem Steuermann aus der Kabine eines im hiesigen Hafen liegenden Segelschiffes Seide im Werte von 1500 Mk. gestohlen zu haben. Er hat nach Ausführung des Diebstahls Seide an eine an der Untertrade wohnhafte Ehefrau verkauft, über deren Herkunft er über unangenehme Angaben macht.

pb. Sich selbst gesteckt hat sich der Handlungsgehilfe Karl Kopp von hier, der am 2. d. Mts. seinem Arbeitgeber 13 000 Mk. unterschlagen und damit flüchtig geworden war. Er hat das Geld in reichhaltiger Gesellschaft in Berlin bis auf den letzten Pfennig verjubelt und macht dortselbst ein Kleidergeschäft vorzuführen, um seine Rückreise nach hier zu ermöglichen.

pb. Einbruch Diebstahl. In der Nacht zum 12. d. Mts. sind aus einem Hause in der Eisenbahnstraße folgende Sachen mittels Einbruchsdiebstahls gestohlen worden: 9 große silberne Gläser, 1 großer silberner Becher und 4 große silberne Teller. Ferner 6 kleine silberne Teller, 10 kleine Teller, 4 Messer, ein

Stunksmuff, 1 Stunkschultertrager, 1 schwarzer Damenpaletot, 1 schwarzer Herrenpelz, 1 brauner Herrenmantel, 1 grüner Robenmantel, 1 Herrensammimantel, 1 Damengummimantel und 1 Herrenregenschirm.

eu. Moorgarten. Sozialdemokratischer Verein. In der letzten Monatsversammlung am 10. Januar sprach Genosse Feuer über die politische und wirtschaftliche Lage. Darauf wurde die Gründung einer jungsozialistischen Gruppe besprochen. Die zahlreich anwesenden jungen Genossinnen und Genossen stimmten dem Plane freudig zu. Die eigentliche Gründungsversammlung soll demnächst stattfinden. Schließlich wurde von verschiedenen Seiten die Ausbreitung des Weges nach Nienhufen hemangelt. Man hätte die Sache doch etwas gründlicher machen sollen. Nicht einmal die schlimmsten Stellen des Fußsteiges sind berücksichtigt. Und dabei müssen Schulkinder jeden Morgen durch den Dreck hindurch.

Angrenzende Gebiete.

n. Cleverbrück. In der Versammlung des Gemeinnützigen und Gartenbau-Vereins wurde lebhaftest Klage über das öftere Aussehen des elektrischen Stromes laut; es dürfte im wesentlichen an den mangelhaften Hausanschlußleitungen liegen. Vom Gemeindevorstand wird mit der bauausführenden Firma deswegen verhandelt, um den Liebesstand baldmöglichst zu beheben. An die Betriebsbehörde der Lübecker Straßenbahn soll das dringende Ersuchen gestellt werden. Sonntags morgens ungefähr um 7 Uhr einen Wagen von Schwartau nach Lübeck laufen zu lassen, damit die Züge nach Hamburg, Büchen usw. erreicht werden, so daß man nicht nötig hat, schon um 1/2 7 Uhr nach dem Lübecker Bahnhof zu fahren. Weiter ist dringend zu wünschen, daß nachts gegen 1 Uhr noch ein Spätwagen von Lübeck nach Schwartau befördert wird, eventl. mit erhöhtem Fahrpreis, damit die Reisenden, die aus der Richtung Hamburg mit dem letzten Zuge um 1/2 1 Uhr eintreffen, noch in der Richtung Schwartau befördert werden können. Auch für einen späteren Aufenthalt in Lübeck für die an der Strecke der Linie 12 Wohnenden ist dieser Spätwagen ein unbedingtes Bedürfnis. Der Gasdruck ist morgens von 1/2 7 bis 8 Uhr so schlecht, daß der Hausfrau es unmöglich ist, etwas warm zu bekommen; auch hierin soll bei der zuständigen Behörde um Abhilfe gebeten werden.

Hamburg. Auslieferungsforderung. Bei der Hamburger Kriminalpolizei ist das erste Haftersuchen der französischen Behörde nach Beendigung des Weltkrieges eingegangen. Man ersucht die Hamburger Kriminalpolizei für auswärtige Angelegenheiten um Festnahme des Raubmörders Eugen Lutz aus Strahburg. Lutz soll sich nach Hamburg gewandt haben. Die Auslieferung des Verfolgten soll auf diplomatischem Wege beantragt werden. — Lohnforderungen bei den Verkehrsbetrieben. Die Anwärter der Verkehrsberriebe in Groß-Hamburg sind mit neuen Lohnforderungen an die Direktoren der Gesellschaften herangetreten. Die Direktion der Hochbahn-Gesellschaft lehnt es ab, weiteres zu bewilligen. Die Angestellten, die bisher ein Monatsgehalt von 1050 Mk. beziehen, ohne Kinderzulagen, fordern einen Monatslohn von 1290 Mk.

Hamburg. Selbstmord eines Schülers. Ein zehn-jähriger Schulknabe hat sich, als ihm infolge eines Streites eine Zurechtweisung zuteil geworden war, in der elterlichen Wohnung erhängt.

Kiel. Keine Gemeinschaft mit den Putzjungen. Die gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensmänner der S. P. D. beschäftigten sich mit den Hensburger Vorgängen. Sie nahmen eine Entschließung an, in der die Entschleunigung Hoffmanns scharf verurteilt und strenge Bestrafung der Schuldigen gefordert wird. Im übrigen beweisen die Hensburger Vorgänge erneut, daß es ein Zusammengehen mit den linksradikalen Parteien nicht geben kann! Die Vertrauensmänner werden bei allen Aktionen erst handeln, wenn die Parteileitung die Parole dazu herausgibt. — In Schleswig nahm eine große Versammlung der S. P. D. und U. S. P. D. folgende Resolution an: Vom 4. Januar 1921 ab gibt es kein Zusammenarbeiten mit den kommunistischen Parteien mehr. Wir fordern unsere Genossen in der Provinz und im ganzen Lande auf, den scharfen Trennungsschritt zu ziehen zwischen uns und diesen Verrätern an der Sache des Proletariats, die ihre Wahlparole mit Arbeiterblut erkaufen.

Kiel. Im Gefängnis den Tod gesucht hat der Mörder Karpinski, der hier aus dem Zuchthaus entbrenn und sich jetzt auch wegen Raubes zu verantworten hatte. — Militärischen Strohlach an und nach an Rauchvergiftung. — Militärischen Strohlach. Eine Aufzehrung zum Ungehörigen soll der Reichswehr-Anwärter Sch. vor Scava Now an Bord des Kreuzers „Nürnberg“ bezogen haben. Er forderte zwei Geisler auf, dem Befehl zum Selbsttötung keine Folge zu geben. Die Strafkammer verurteilte ihn jetzt zu 9 Monaten Gefängnis.

Hajun. Sturm- und Hochwasserläden. Ein harter Wintertag, der am Montag einkehrte, brachte im Wattenmeer ein Hochwasser, das Halligen und Vorländerien überschwemmte und bis an die Deiche des Festenwalltes peitschte. Der so vielerorts einsehende Heringsfang wurde infolge des Unwetters gleich wieder abgebrochen werden. In den Niederungen an der Eider stand das Wasser gegen drei Meter über normale Höhe. In der Nacht auf Montag trat Springflut ein. Die Vorländerien wurden überall unter Wasser gesetzt und die tags darauf ankommenden Schiffe mußten mühsam in Sicherheit gebracht werden. Die Deiche sind stellenweise infolge der Wühlereien der nach immer zahlreich auftretenden Feldmäuse stark beschädigt und durchlöchert. Die mit Stroh bedeckten ländlichen Gebäude haben stark gelitten. Bäume sind entwurzelt und die elektrischen Leitungen wurden beschädigt.

Wesellburen. Durch ein Großfeuer ist am Dienstag das umfangreiche Wirtschaftsgebäude des Hofbesizers Dörjen in Wesellburen fast in Asche gelegt. Drei Pferde und über 70 Kinder und Kälber sind in den Flammen umgekommen; auch der größte Teil des Erntebestandes ist vernichtet worden. Dieses Feuer ist bereits die fünfte Feuersbrunst in dem Zeitraum von elf Tagen in der Landschaft Norderdithmarschen.

Schwerin. Die Regierung tritt ab. In der Morgensung am Mittwoch erklärte nach Erstattung des Referates aus dem Ortschafts-Ausschuß der Ministerpräsident ohne weiteres den Rücktritt der Regierung. Reinde-Blach begründete den Rücktritt mit dem Angriff auf den Justizminister in der letzten Sitzung. Seine Ausführungen erregten heftigen Widerspruch. Genosse Woltmann hielt darauf eine scharfe Abrechnung mit dem Reichsparteitagen, wobei er besonders Herrn Giese kritisierte als den Top der medioburgischen Gewaltpolitik, die jeden Augenblick bereit sein würden, die Republik zu vernichten. Über die Organese und über das Urteil im Kardprozess gab er in das Ministerium also gefallen. Der Landtag wurde auf Freitag nachmittag vertagt.

Schleswig. Die Schlachter gegen die Verbilligung des Fleisches. Der Bezirksverein beider Mecklenburger des Deutschen Fleischerverbandes hielt hier einen außerordentlichen Versammlung ab, der sich gegen die von der Mecklenburgischen Landesbehörde für Fleischversorgung in Aussicht genommene Maßnahmen betreffend „Verteilung von Schlachtkörpern“ und „Verteilung Mecklenburger mit billigem Fleisch“ wandte. Der Landesbehörde für Fleischversorgung wird das Recht abverprochen, Bestimmungen zu erlassen, die eine neue Preisgestaltung anordnen. Die Schlachter lehnen die Schuld an den unerschwinglichen Preisen auf den großen Unbekannten.

Kiel. Zum Metallarbeiterstreik in Mecklenburg. Die Unternehmer leiteten Verhandlungen, die vom Reichsministerium aberkannt werden sollten, ab, während demgegenüber die Arbeiter sich zu Verhandlungen bereit erklärten. Darauf wurden die Unternehmer vom Reichsministerium unter Strafandrohung zu Verhandlungen am Sonntag geladen. Es schloßen von ihnen nur 2 Vertreter, die erklärten, Jagdgebühren

nicht machen zu wollen. Sie gaben bekannt, daß am 25. Januar die gesamten Metallarbeiter des Bundes ausgeperrt werden sollten. Vom Arbeitsministerium wird nun ein Schiedsgericht eingesetzt, welches endgültig entscheiden soll. Falls die Unternehmer den Spruch ablehnen sollten, so wird der Kampf die härtesten Formen annehmen. Die Unternehmer haben bereits im einigen Betrieben die Kündigung ausgelassen.

Hoffst. Kommunistische Kampfeswelle. Die neu-kommunistische „Volkswacht“ schrieb neulich die Schriftleitung der „Meckl. Volkszeitung“ habe von der Warnemünder Spielhölle „Geldzuwendungen“ erhalten. Dieser Verdacht läßt das kommunistische Blatt in der neuesten Nummer nachfolgende Gemeinheit folgen: „Genosse Paul Hoffmann lieh sich nicht bestechen. Er lieferte keine Berichte. Genosse Paul Hoffmann war Kommunist. Gen. Paul Hoffmann war kein Stelling, kein Wsch, kein Respital. Er verkaufte seine Überzeugung nicht.“ Dazu schreibt die „Meckl. Volkszeitung“: Für die Genossen Stelling und Wsch zu handeln, haben wir keine Vollmacht, aber es ist klar, daß der Helfer der „Volkswacht“ nicht weiter reicht, als bis unter ihre Stiefelsohlen. Die „Volkswacht“ nennt den Namen eines Redakteurs unserer Zeitung. Und in diesem Namen fordern wir die „Volkswacht“ hiermit öffentlich auf, Beweise für ihre schimpflichen Anwürfe gegen ihn zu bringen. Wo heraus mit der Sprache. Rein und klar geht Beweise, wenn Ihr Euch nicht selbst als gemissenele Schwindler entlarven wollt!

Wesenberg (Medlha-Strelsh). Im 20. Jahrhundert! Die medioburgischen Blätter verbreiten folgende schaurige Geschichte: Seit dem Herbst v. J. werden diese Gemeinder durch einen Spul auf dem Friedhof in Aufregung gehalten. Passanten auf der Chaussee nach Wustrow sahen in der Dunkelheit auf dem neuen Teil des Friedhofes ein Licht brennen, aber niemand hatte den Mut, den Kirchhof zu betreten. Jetzt endlich ist der Spul aufgeklärt. Unter Führung der Gemeindevorstandes wies er sich am Sonnabend abend gegen 9 Uhr neun Männlein und Weiblein zum Friedhof. Nach vielen Ermahnungen wurde das Herabklettern auf dem Schwellen gebracht und die Eingangspforte geöffnet. Es wurde festgestellt, daß der Lichtpunkt von einem neuen Denkmahl durch Spiegelung einer Straßenlaterne, etwa 200 Meter entfernt, herühr. — Wo ohne Handgranaten, Maschinengewehre und Kanonen eine Lat — glücklich gelöst durch den Mut einer Gemeindevorstandes. Tapferer Wesenberger!

Rätz. Die Stiefelsohlen und sich selbst umgebracht. Landmann Rahl in Greben lebte mit seiner Stiefelsohlen in Feindschaft wegen einer Erbschaft. Rahl ging nach seiner Rückkehr aus der Wirtschaft ins Bett und wünschte seinen Angehörigen in aller Ruhe „Gute Nacht“. Er hatte aber sein großes Schlachtermesser mitgenommen und stand gegen Morgen auf, begab sich in das Zimmer seiner Stiefelsohlen und stete dieselbe. Nach der Tat erhängte er sich auf dem Heuboden.

Neueste Nachrichten.

Finanzminister-Konferenz.
III. Berlin, 13. Januar. Wie verlautet, wurde in der Konferenz der Finanzminister, die gestern hier ihren Anfang genommen hat, von mehreren Seiten Bedenken gegen das Programm erhoben, das der Reichsfinanzminister zur Deckung der Ausgaben für die Beamtensoldbesetzung entworfen hat. Gegenwärtig sind bis jetzt aber noch nicht geäußert worden. Die Beratungen waren bisher streng vertraulich. Nach Abschluß der Berliner Konferenz werden die einzelstaatlichen Finanzminister in einer neuen Sonderkonferenz die in Bamberg aufgenommene Beratungen des Landesfinanzgelehrtes fortsetzen.

Zum Tode verurteilt.
III. Berlin, 13. Januar. Wegen Raubmordes an einer Kartenlegerin wurde ein gewisser Dunit zum Tode, wegen Beihilfe die mitangelegte Irma Jagd zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Streik der Wiener Postangestellten.
III. Wien, 13. Januar. Der Streik der Postangestellten ist gestern abend 6 Uhr in Wien und zum Teil auch in der Provinz ausgebrochen. 37 Proz. der Angestellten, nämlich die Deutschnationalen und die Christlichsozialen, erklärten sich als arbeitswillig. Es wird aber bezweifelt, ob diese Zahl für die Aufrechterhaltung des Postbetriebes anreicht. Falls die Forderungen der Postbeamten in 24 Stunden nicht bewilligt werden, treten heute abend die Telefon- und Telegraphenangestellten ebenfalls in den Streik.

Der französische Kredit für Deutsch-Oesterreich.
III. Wien, 13. Januar. Die Größe der Wiederanbahn-Aktion für Oesterreich ist bis auf eine Restauszahlung zum wenigsten gesichert. Die französische Regierung hat sich jetzt entschlossen, Oesterreich zusätzlich ein französisches Darlehen von 150 bis 200 Millionen französische Franken zu gewähren. Ein Delegierter der französischen Regierung wird möglicherweise schon heute in Wien eintreffen. Er ist ermächtigt, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und die erforderlichen Maßnahmen von der oesterreichischen Regierung zu verlangen. Der Kredit würde anreichen, um die Versorgung Oesterreichs mit Kreditmitteln und Rohlen für die nächsten 5 bis 6 Monate sicher zu stellen.

Briefkasten.
B. D. 21. Die Sache ist schon zu alt und hat heute für uns kein Interesse mehr.

Geschäftliches.
Schonungslos Behandlung der kaiserlichen Wäpfe ist aus allgemeiner wirtschaftlicher Gründen dringend geboten. Von den wegen ihrer guten Wirkung und bezweckenen Anwendungsweise beliebigen Seifenpulvern sind die mit Schmalz die am besten geeigneten. Allerdings verändert sich der alkalische Salzmehl auf dem Lager und wird geringwertig, doch ist es der heimischen Fabrik Carl Göttinger in Göttingen gelungen, ein unverwundlich haltbares hochwertiges Salzmehl-Terpentin-Seifenpulver (D. R. P. 299 986) herzustellen, welches unter dem Namen „Dr. Göttinger's Goldpulver“ auf den Markt kommt und das weitens bisher bekannte Seifenpulver darstellt, welches für den Hausgebrauch in Frage kommt.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Schmidt in Lübeck.

Inferate
finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen der wach-tätigen Volktes weite Verbreitung und größte Beachtung. Der auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Karl Marx und die „echten Marxisten“.

(Aus bisher unveröffentlichten Marx-Briefen.)

In dem von Mehring herausgegebenen literarischen Nachlaß von Karl Marx glaubt der Herausgeber feststellen zu müssen, daß bei präpostulierten Auseinandersetzungen „das Karnickel, das angefangen hat,“ niemals Marx gewesen ist, sondern dieser als der provozierte Teil immer auf einen Schelmen anderthalbe steht. Die für ein Werturteil unwesentliche Feststellung wurde gleich beim Erscheinen des Wertes zurückgewiesen und als nicht in allen Fällen zutreffend stark angezweifelt. Abgesehen davon, daß in einer solchen Tatsache in bezug auf den Charakter durchaus nicht ein Vorzug liegt, so wäre eine entgegengekehrte Feststellung für den Publizisten, den politischen wie den wissenschaftlichen, ebensowenig eine tolle Nachrede, die ihm besonders angekreidet werden könnte. In seiner ersten publizistischen Tätigkeit, als Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“, die nach dem Urteil des preussischen Zensors die französischen liberalen Ideen in Deutschland verbreiten wollte und auf die Erschütterung der Monarchie abzielte, hat dagegen Marx jede Gelegenheit benutzt, mit seiner Polemik einzuhaken. Das zeigt uns vor allem wieder ein bisher unveröffentlichter Brief von ihm an die „Rheinische Zeitung“, dessen Original bei den Akten dieser Zeitung im Historischen Archiv zu Köln liegt und jetzt mit anderen Handschriften zum ersten Male gedruckt wurde in den von Prof. Hansen herausgegebenen „Rheinischen Briefen und Aktenstücke zur Geschichte der politischen Bewegung 1830—1850 (Verlag von G. D. Baedeker, Essen). In seinem bedeutungsvollsten Teil lautet dieser Marx-Brief:

„Schicken Sie mir den Aufsatz von Mayer in der „Rheinischen Zeitung“ über das Kommunalwesen und, wo möglich, sämtliche Aufsätze von Hermes gegen das Jubiläum. Ich will Ihnen dann sobald als möglich einen Aufsatz schicken, der letztere Frage wenn auch nicht abschließen, doch in eine andere Bahn bringen wird.“

Wenn es mit Ihrer Ansicht von der Sache übereinstimmt, so schicken Sie mir auch den Justiz-milieu-Artikel zur Kritik. Man muß die Sache leidenschaftlich besprechen. Etwas sind ganz allgemeine theoretische Erörterungen über Staatsverfassung eher passend für rein wissenschaftliche Organe als für Zeitungen. Die wahre Theorie muß innerhalb konkreter Zustände und an bestehenden Verhältnissen klar gemacht und entwickelt werden. Allein da es nunmehr ein Doppelpiel ist, so ist ein Doppelpiel zu berücksichtigen. Bei jeder Gelegenheit, wo wir in Streit mit anderen Tagesblättern geraten, kann man uns, geschähe es früher oder später, die Sache aufmachen. Eine so deutliche Demonstration gegen die Grundbesitzer der jetzigen Staatsverhältnisse kann Schärfung der Zensur, selbst Unterdrückung des Blattes zur Folge haben. ... Jedenfalls aber verstimmen wir eine große, und zwar die größte Menge freigesinnter praktischer Männer, welche die mühsame Rolle übernommen haben. Stufe vor Stufe, innerhalb der konstitutionellen Schranken, die Freiheit zu erkämpfen, während wir von dem bequemem Sessel der Abstraktion ihr Widerstande ihnen vorzumischen. Es ist zwar wahr: Der Verfasser des Justiz-milieu-Artikels fordert zur Kritik auf; aber I. wissen wir doch alle, wie die Regierungen auf solche Herausforderungen antworten; 2. ist es nicht genug, daß jemand sich der Kritik unterwirft, die ihn ohnehin nicht um Erlaubnis fragen wird, es fragt sich, ob er das gehörige Terrain auswählt. Zeitungen fangen erst dann an, das passende Terrain für solche Fragen zu sein, wenn diese Fragen Fragen des wirklichen Staats, praktische Fragen geworden sind.

Ich halte es für unumgänglich, daß die „Rheinische Zeitung“ nicht sowohl von Ihren Mitarbeitern geleitet wird, als daß sie vielmehr umgekehrt ihre Mitarbeiter leitet. Aufträge wie der herübergehen die beste Gelegenheit, einen bestimmten Operationsplan den Mitarbeitern anzudeuten. Der einzelne Schriftsteller kann nicht in der Weise das Ganze vor Augen haben, als die Zeitung. Sollten meine Ansichten nicht mit den Ihrigen übereinstimmen, so würde ich, falls Sie es nicht für unpassend halten, in den Annotis als Anhang zu meinem Aufsatz gegen Hegels Lehre von der konstitutionellen Monarchie diese Kritik liefern. Sie hätte es aber für besser, wenn die Zeitung selbst ihr eigener Arzt ist.“

Dieser Brief vom 25. August 1842 ist in mehr als einer Hinsicht äußerst interessant und in bezug auf die Stellung des Schreibers zu den Fragen der Tagespolitik besonders lehrreich. Schon vorher hatte Marx in einem Briefe vom 5. März an A. Ruge „die Bekämpfung der konstitutionellen Monarchie als eines durch und durch sich widersprechenden und aufhebenden Zwittrerdings“ zur politischen Kernfrage erklärt. Der von ihm angeführte Justiz-milieu-Artikel (Justiz milieu — die rechte Mitte) erhielt aber eine Kritik des Konstitutionalismus. Und wenn nun Karl Marx sich gegen „eine so deutliche Demonstration gegen die Grundbesitzer der jetzigen Staatsverhältnisse — 1842 — erklärt, um den Zensur nicht aufzuregen, die Zeitung nicht das Opfer eines Verbots werden zu lassen und um „die größte Menge freigesinnter praktischer Männer nicht zu verstimmen“, so zeigt es doch, wie groß der Realpolitiker Marx in den praktischen Fragen der Tagespolitik gewesen ist und — wie marxistisch eigentlich die Haltung unserer Parteipresse unter der strengen Zensur während der Kriegszeit war. Mit einem ironischen Lächeln zu den Sätzen der Brüder von der andern Fakultät, wo man die Lehre von Marx allein gepachtet zu haben glaubt, nehmen wir Marx' Wort von den „bequemem Sesseln der Abstraktion“ entgegen.

Sie mögen sich auch noch ein anderes Wort von Karl Marx, der inzwischen leitender Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ geworden ist, aus einem Briefe an A. Ruge ansehen (Dokumente des Sozialismus):

„Ebensoviel wie der Zensur erlaubte ich mir selbst zu annullieren, in dem Meinen und Konfekten weltumwälzungs-schwangere und gedankenleere Subeleien in saloppem Stil mit etwas Altheismus und Kommunismus (den die Herren nie studiert haben) verlegt haufenweise uns zu landten. ... Ich antwortete gleich und sprach offen meine Ansicht aus von den Mängeln ihrer Arbeiten, die mehr in einer literarischen, journalistischen und dabei bequemem Form, als in freier, d. h. selbstständiger und tiefem Gehalt die Freiheit finden. Ich forderte auf, weniger vages Rationnement, großflügelnde Phrasen, selbstgefällige Beispiele, und mehr Bestimmtheit, mehr Eingehen in die konkreten Zustände, mehr Sachkenntnis an den Tag zu fördern. ... Endlich wollte ich, daß wenn einmal von Philosophie gesprochen, weniger mit der Firma „Altheismus“ getändelt (was den Kindern ähnlich sieht, die jedem, der's hören will, versichern, sie fürchteten sich nicht vor dem Bauernmann) als vielmehr ihren Inhalt unters Volk gebracht würde.“

Auf die Forderung dieser Wortführer, „ruhig der Polizei und Zensur weichen, statt in einem dem Publikum unsichtbaren Kampf den Posten zu behaupten“ erklärt Marx: „Aus all dem leuchtet eine schreckliche Dofis Eitelkeit heraus, die nicht begreift, wie man, um ein politisches Organ zu reiten, einige Berliner Windbeutelereien preisgeben kann, die an überhaupt nichts denken, als an ihre Claquegeschichten. Dabei spreizte sich das Männchen wie ein Pfau, schlug sich detourierend an die Brust, ließ was von „seiner“ Partei fallen, drohte mit Ungnade, defamizierte a la Marquis de Sade, ließ etwas schlechter u. dgl.“ Erscheint uns das nicht gerade sehr zeitgemäß?

Und um ein politisches Organ zu erhalten und damit einen „dem Publikum unsichtbaren, aber nichtsdestoweniger herindägen und pflichtmäßigen Kampf“ zu führen, verließ sich Karl Marx in einem im Konzept von seiner Hand herrührenden, ebenfalls im Historischen Archiv zu Köln aufbewahrten, jetzt in oben genanntem Werk zuerst abgedruckten Schreiben an den Oberpräsidenten zu der Äußerung:

„Die „Rheinische Zeitung“ durch also glauben, den in der Zensurinstruktion niedergelegten Wunsch S. M. nach einer unabhängigen, freiständigen Presse vorzugsweise realisiert und hierdurch nicht wenig zu den Segensbränden beigetragen zu haben, mit welchen gegenwärtig ganz Deutschland S. M. unsern Ehrig auf seiner emporstrebenden Laufbahn begleitet.“

So die politische Lektüre uneres Karl Marx. Aber dazu gelangte nicht einmal diese vielfach angegriffene und in den Angriffen noch gefährliche Kriegspolitik unserer Genossen, und dennoch beschäftigt man uns des „Verrats am Marxismus“. Es ließe sich aus dem hier erstmalig dargebotenen reichen Material noch mehrfach belegen, daß es Marx zur Erreichung seines Zieles und im Gebot der Stunde nicht verzögerte, Kompromisse einzugehen. Aber es genügt, um zu zeigen, daß Karl Marx in Fragen der

Tagespolitik durchaus nicht der Marzist war, als der er von unsern Linksradiakalen fälschlich ausgebeutet wird, und es ist ein schlechter Dienst an Marx, ihn als Schutzpatron der rätekerrlichen Diktaturphantasten und Bauernmann ihrer „weltumwälzungs-schwangere und gedankenleeren Subeleien“ zu mißbrauchen.
A. Win. K. u. l. p. h.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 13. Januar.

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen.

W. W. Da der bisherige Kriegsteilnehmerschutz gegen Zwangsvollstreckungen am 31. 12. 1920 abgelaufen war, sind durch Verordnung vom 22. 12. 1920 neue Bestimmungen für die Zeit vom 1. 1. 1921 bis 1. 7. 1921 ergangen, die einen wesentlichen Ausbau dieses Schutzes bedeuten. Während bisher der Gläubiger bei Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer vorher die Bewilligung des Vollstreckungsgerichts nachsuchen mußte, kann er jetzt ohne weiteres vollstrecken lassen. Es bleibt dem Schuldner überlassen, die Einstellung der Zwangsvollstreckung wegen seiner Kriegsteilnehmerhaft (Kriegsgefangenschaft) beim Vollstreckungsgericht zu beantragen. Sind jedoch bereits sechs Monate seit Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft vergangen, oder wird die Zwangsvollstreckung wegen einer nach Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft entstandenen Forderung oder wegen laufender oder späterer Unterhaltsbeiträge betrieben, dann darf das Vollstreckungsgericht die Einstellung nur anordnen, wenn die Zwangsvollstreckung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig ist.

Diese ziemlich streng aufzufassende Bedingung dürfte verhältnismäßig selten vorliegen. Das Gericht wird dabei die wirtschaftliche Lage beider Parteien und das Verhalten des Schuldners in Betracht ziehen müssen; die zur Begründung angeführten Tatsachen sind auf Verlangen des Gerichts natürlich glaubhaft zu machen. Bis zu seiner Entscheidung kann das Gericht die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung anordnen, bei der zwar das Pfandrecht aufrecht erhalten bleibt, aber keine Versteigerung von Sachen oder Einziehung von Forderungen stattfindet. Gegen die Anordnung der einstweiligen Einstellung gibt es kein Rechtsmittel; gegen die endgültige Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt. Beabsichtigt das Vollstreckungsgericht die Einstellung der Zwangsvollstreckung anzunehmen, so hat es zunächst einen Termin zu bestimmen und in diesem eine Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner zu versuchen. Kommt eine Einigung zustande, so ist hierüber ein Protokoll anzufertigen; scheitert sie, dann bestimmt das Gericht durch Beschluß unter Billiger Berücksichtigung aller Umstände und der wirtschaftlichen Lage beider Parteien, in welcher Weise der Schuldner Zahlung zu leisten hat. Es kann hierbei Teilzahlungen und Fristen mit und ohne Bedingungen (z. B. Verzinsung, Sicherheitsleistung, Fortfall der Ratenzahlung bei Nichtbefolgung der Zahlungstermine) bewilligen. Eine Zahlungsfrist darf dabei jedoch nicht über den 1. Oktober 1921 hinaus erstreckt werden. Nach Maßgabe der protokollierten Einigung oder des Beschlusses darf bei Nichtzahlung an dem fälligkeitstermin vollstreckt werden; eine weitere Einstellung ist nicht zulässig. Gerichtsgebühren werden nicht erhoben; Anwaltskosten für die Vertretung in diesem Verfahren zwei Drittel der Prozessgebühr; das Objekt steht das Gericht nach freiem Ermessen fest; höchstens jedoch auf ein Zwanzigstel der Schuldsumme.

Schöffengericht.

Die „Rehe“ in der Küchlerammer. Eine einträgliche Käuherei besaß eine Frau W. in der Glodenzgäßstraße. Gar mancher Rehebesitzer, der kein Dorfrentier müßig groß gefüttert hat, gab nach der Schlachtung dort die delikatesen Sachen: Schinken, Schulkern, Ferkel und Würste zum Käufern ab. Wer in einer Zeit, wo fast alle darben und hungern, eine mit solchen leckeren Sachen gefüllte Käuherammer hat, kann leicht in Versuchung geraten, das heilige Gebot zu übertreten. Das will Frau W., die sich deshalb am Dienstag vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte, aber nicht getan haben. Zwar sind von den Schinken, Schulkern und Würsten einige Stücke verschwunden, doch sollen diese, soweit sie nicht von fremden Personen gestohlen sind, von Mäulen und Käsen gefressen worden sein. Eine Frau erhielt von 2 großen Leberwürsten 2 kleine Zipselchen zurück, den

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

Diese Geschichte zu erzählen, würde eine mühsame Nachschmung sein, wenn sie nicht auf einem wirklichen Vorfall beruhte, zum Beweise, wie tief im Menschenleben jede jener Fabeln wurzelt, auf welche die großen alten Werke gebaut sind. Die Zahl solcher Fabeln ist mäßig; aber stets treten sie in neuem Gewande wieder in die Erscheinung und wirzen alsdann die Hand, sie festzuhalten.

In dem schönen Flusse, der eine halbe Stunde entfernt am Schwanz vorüberzieht, erhebt sich eine weitgehende Schwelle und verliert sich, selber wohlbedeut, in der fruchtbarsten Ebene. Fern an ihrem Fuße liegt ein Dorf, welches manche große Bauernhöfe enthält, und über die sanfte Anhöhe lagen vor Jahren drei prächtige lange Aeder weit hingestreckt, gleich drei riesigen Wänden nebeneinander. In einem jannigen Septembertage anfluteten zwei Bauern auf zweien dieser Aeder, und zwar auf jedem der beiden äußersten; der mittlere schien seit langen Jahren brach und wußt zu liegen, denn er war mit Steinen und hohem Unkraut bedeckt, und eine Welt von geflügelten Tieren summt ungehört über ihm. Die Bauern aber, welche zu beiden Seiten hinter ihrem Pfluge gingen, waren lange, knochige Männer von ungefähre vierzig Jahren und verführten auf den ersten Blick den Ähren, gutbedienten Bauersmann. Sie trugen kurze Knickerhosen von hartem Zwillich, an dem jede Falte ihre unveränderliche Lage hatte und wie in Stein gemeißelt aussah. Wenn sie, auf ein Hindernis stoßend, den Pflug fester faßten, so stritten die großen Heimbäume von der leichtesten Erschütterung, indessen die wohlkühleren Gesichter ruhig und aufmerksam, aber ein wenig blinzelnd in den Sonnenstrahlen vor sich hinschauten, die Hände demachen aber auch wohl jameilen sich umfassen, wenn ein jernes Geräusch die Stille des Landes unterbrach. Langsam und mit einer gewissen natürlichen Heftigkeit lebten sie einen Fuß an den anderen vorwärts, und leiser sprach ein Wort, außer wenn er etwas dem Knechte, der die stählernen Räder antrieb, eine Anweisung gab. So gingen sie einander vollkommen in einiger Entfernung; denn sie hatten die ursprüngliche Art dieser Gegend dar, und man hätte sie auf den ersten Blick nur daran unterscheiden können, daß der eine den Pflug seiner weißen Kappe nach vorn zog, der andere aber hinten im Nacken hingehalte. Aber das war nicht zwischen ihnen ab, indem sie in der entgegengekehrten Richtung zügelten; denn wenn sie oben auf der Höhe zusammentraten und einander überbieten, so schlug dem, welcher gegen den höchsten Wind ging, die Zipfelkappe nach hinten über, während der bei dem anderen, der den Wind im Rücken hatte, sich nach vorn schlug. — Es gab auch jedesmal ein witziges Wortwechsel,

wo die schimmernden Mähen aufrecht in der Luft schwebten und wie zwei weiße Klammern am Himmel hingelien. So pflügten beide ruhig, und es war schön anzusehen in der stillen, goldenen Serenitendebene, wenn sie so auf der Höhe aneinander vorbeizogen, still und langsam, und sich mäßig voreinander entfernten, immer weiter auseinander, bis sie mäßig voreinander verschwanden, um eine gute Weile darauf wieder zu erscheinen. Wenn sie einen Stein in ihren Füßen fanden, so warfen sie denselben auf den wüsten Ader in der Mitte mit lässig kräftigem Schwunge, was aber nur leiten geschah, da derselbe schon fast mit allen Steinen besetzt war, welche überhaupt auf den Ackersackern zu finden gewesen. So war der lange Morgen zum Teil vergangen, als von dem Dorfe her ein kleines, artiges Fuhrwerklein sich näherte, welches kaum zu sehen war, als es begann, die gelinde Höhe hinauf zu kommen. Das war ein grün bemaltes Kinderwägelchen, in welchem die Kinder der beiden Wägelchen, ein Knabe und ein kleines Mädchen, gemeinschaftlich den Vormittagsspaß heranzuholen. Für jeden Teil lag ein schönes Brot, in eine Serviette gewickelt, eine Kanne Wein mit Gläsern und noch brand ein Zutschen in dem Wagen, welches die jährliche Wägelchen für den heiligen Weiler mitgeliefert, und außerdem waren da noch verpackt allerlei klein gefastete angeblühte Kefel und Birnen, welche die Kinder am Wege aufzueßen, und eine völkische Puppe mit nur einem Bein und einem verstelltem Gesicht, welche wie ein Geulchen zwischen den Broten lag und sich beständig fahren ließ. Dies Fuhrwerk hielt nach manchem Anhalten und Aufenthalt endlich auf der Höhe im Schatten eines jungen Bindengebüsches, welches da am Rande des Feldes stand, und nun konnte man die beiden Fuhrleute näher betrachten. Es war ein Junge von sieben Jahren und ein Mädchen von fünf, beide gesund und munter, und weiter war nichts Auffälliges an ihnen, als daß beide sehr hübsche Augen hatten und das Mädchen dazu noch eine hübsche Gesichtsfarbe und ganz fraule dunkle Haare, welche ihm ein feuriges und treuherriges Ansehen gaben. Die Wägelchen waren jetzt auch wieder oben angekommen, redeten den Pferden etwas Rie vor und ließen die Mähen in der halb endeten Furche liegen, während sie als gute Nachbarn sich zu dem gemeinschaftlichen Imbiß begaben und sich da zuerst beschäftigten; denn bislang hatten sie sich noch nicht gesprochen an diesem Tage.

Wie nun die Männer mit Behagen ihr Frühstück einnahmen und mit geliebtem Wohlwollen den Kindern mitteilten, die nicht von der Stelle gingen, so lange gesehen und getrunken wurde, ließen sie über die Höhe und fern heranzuschauen und ließen das Städtchen rückerig glänzend in ihren Körpern liegen; denn das städtische Wägelchen, welches die Schwärzer alle Tage bewachten, zeigte ein witziges Wortwechsel,

über ihre Dächer emporzutragen, welches lachend an ihren Bergen hinschwebte. „Die Lumpenbunde zu Schwel lassen wieder gut!“ sagte Marx, der eine der Bauern, und Marti, der andere, erwiderte: „Gestern war einer bei mir wegen des Aders hier.“ „Aus dem Verzeichnis!“ bei mir ist er auch gewesen!“ sagte Marx. „So? und meinte wahrhaftig auch, du solltest das Land benutzen und den Herzen die Nacht zahlen?“ „Ja, bis es sich entschließen habe, wenn der Ader schäre und was mit ihm anzufangen ist. Ich habe mich aber bedankt, das verwilligte Welen für einen anderen herzustellen, und sagte, sie sollten den Ader nur verkaufen und den Vertrag aufheben, bis sich ein Eigentümer gefunden, was wohl nie geschehen wird; denn was einmal auf der Kanale zu Schwel liegt, hat da gute Weile, und außerdem ist die Sache schwer zu entschreiben. Die Lumpen müßten indessen gar zu gern etwas an näher bekommen durch den Reichthum, was sie freilich mit der Verkaufsumme auch tun könnten; allein wir würden uns hüten, dieselbe zu hoch hinauf zu treiben, und wir würden dann doch, was wir hätten und wem das Land gehört!“

„Ganz so meine ich auch und habe dem Stadtschreiber eine ähnliche Antwort gegeben.“

Sie lachten eine Weile, dann fing Marx wiederum an: „Schad ist es aber doch, daß der gute Boden so bestogen muß, es ist nicht zum Ansehen; das geht nun schon in die zwanzig Jahre so, und keine Seele fragt danach; denn hier im Dorf ist niemand, der irgend einen Anspruch auf den Ader hat, und niemand weiß auch, wo die Kinder des verstorbenen Trompeters hingelommen sind.“

„Hm!“ sagte Marti, „das wäre so eine Sache! Wenn ich den schwarzen Geiger ansehe, der sich bald bei den Heimathlosen aufhält, bald in den Dörfern zum Tanz anspielt, so möchte ich darauf schwören, daß er ein Enkel des Trompeters ist, der freilich nicht weiß, daß er noch einen Ader hat. Was ich er aber damit? Einen Monat lang ich belaufen und dann nach wie vor! Zudem, wer dürfte da einen Wink geben, da man es doch nicht über wissen kann!“

„Da könnte man eine schöne Geschichte anrichten!“ antwortete Marx; „wir haben so gar zu tun, diesem Geiger das Heimathrecht in unserer Gemeinde abzuwehren, da man uns den Krieg fortwährend aufhellen will, haben sich seine Eltern einmal unter die Heimathlosen begeben, so kann er auch dastehen und dem Reichthum des Stadtschreibers streichen. Wie in aller Welt können wir wissen, daß er des Trompeters Sohnlein ist? Was mich betrifft, wenn ich den Ader auch in dem dunklen Gehäut vollstrecken zu erkennen stande: so kann ich, wenn ich menschlich, und das verändere ich den Papier, ein Stücklein von einem Lumpenbunde weissen Gewand besser tun, als sein hübsches Wägelchen.“

(Schluß folgt.)

